Finanzausschuss
Protokoll Nr. FINA/10/2013

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am 16.12.2013, Ahrensburg, Marstall, Reithalle, Lübecker Straße 10

Beginn der Sitzung	:	18:30 Uhr
Ende der Sitzung	:	19:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Peter Egan
Herr Tobias Koch — i. V. f. Herrn Waskow
Herr Dirk Langbehn
Herr Achim Reuber

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Bernd Buchholz
Herr Rolf Griesenberg
Herr Volker Hielscher
Frau Sybille Ott

Verwaltung

Herr Michael Sarach	Bürgermeister
Herr Horst Kienel	Berichterstatter
Frau Angela Haase	Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Olaf Waskow

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

2. Festsetzung der Tagesordnung

3. Einwohnerfragestunde

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2013 vom 02.12.2013

5. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 **2013/111/1**

6. Verschiedenes

7. Kenntnisnahmen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Christian Conring, dankt Herrn Reuber für die Übernahme des Vorsitzes in den letzten beiden Sitzungen des Finanzausschusses, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung – die letzte Sitzung vor der abschließenden Haushaltsberatung 2014 ff der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung der noch offenen Punkte.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

3. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner erklärt, dass die Haushaltsberatungen ohne Zeitdruck erfolgen sollten. Er regt an, sich zu wichtigen Themen und Haushaltsfragen außerhalb der Ausschüsse fraktionsübergreifend zu Arbeitskreisen zu verabreden und in diesem Rahmen Entscheidungen vorzubereiten/Verfahren abzustimmen, etc.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Anregung und erläutert, dass dies teilweise bereits Praxis sei. So gebe es z. B. zum Thema badlantic einen Arbeitskreis.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2013 vom 02.12.2013

Es werden keine Einwände gegen den öffentlichen und den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vorgetragen. Damit ist das Protokoll insgesamt genehmigt.

Herr Langbehn weist darauf hin, dass dem Protokoll kein Berichtscontrolling beigefügt war und bittet, dies nachzuholen.

Außerdem fragt er nach einer noch nicht vorliegenden Antwort. Im Zusammenhang mit der Beratung der Vorlage Nr. 2013/077 „Jahresabschlüsse 2009 bis 2014/Zeitplanung und Mittelbedarf“ wurde die dort angegebene durchschnittliche Anzahl der Buchungen in der Finanzbuchhaltung (FiBu) hinterfragt. Vorgetragen wurde, dass je Jahr rd. 30.000 Kassenanordnungen zu bearbeiten sind und z. B. in 2012 rd. 167.000 Buchungen durchgeführt wurden.

Tatsächlich führt jede Anordnung in Richtung FiBu/Kasse zu je mindestens einer Buchung, aber nicht jede Buchung bedarf zwangsläufig einer Anordnung. Der größte Bereich sind die so genannten Personenkonten. Diese Buchungen und Umbuchungen auf den Personenkonten werden von der FiBu ohne Anordnung ausgeführt. Diverse Buchungen auf Sammelkonten führen nur zu einer Anordnung. In anderen Fällen, d. h. bei den Buchungen direkt auf Produkt-Sachkonten (ohne Personenkonten) sind dagegen bis zu 4 Buchungen erforderlich (Anordnung FiBu/ggf. zusätzlich Abgrenzung in das Vorjahr oder in das Folgejahr/Übernahme Sollstellung in Kasse/Auszahlung). So erklärt sich die Abweichung zwischen der Anzahl der Anordnungen zu den Buchungsfällen.

5. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014

Zu Beginn der Beratung erklärt der Berichterstatter, dass Grundlage der Beratung die verteilte 3. Änderungsliste zum Haushalt 2014 ist.

Der Vorsitzende fragt nach, ob der Finanzausschuss noch zu offenen Anträgen seinen Zuständigkeitsbereich betreffend zu beraten habe. Dies verneint der Berichterstatter. Er weist ferner darauf hin, dass der **Fehlbetrag des Ergebnishaushalts** sich durch die Ergänzungen und Beratungen von 2,25 Mio. € um rd. 1,29 Mio. € auf 0,96 Mio. € reduziert habe. Dies sei ein deutlich verbessertes Ergebnis. Darin sind allerdings auch die Mehrerträge aus der Anhebung der Grundsteuerhebesätze enthalten.

Darüber hinaus sei, wie im Finanzausschuss am 02.12.2013 erklärt, nur noch ein neuer **Kredit** in Höhe von 1,5 Mio. € auf dem Hintergrund der Brandschutzsanierung des Rathauses ausgewiesen. Möglich wird die Vermeidung weiterer Neuverschuldung durch die Liquiditätslage der Stadt. Ende 2012 waren liquide Mittel von rd. 10,670 Mio. € vorhanden, derzeit rd. 8 Mio. €. Wie dem aktuellen Entwurf des Finanzplanes zu entnehmen ist (siehe Vorlage, Seite 16) wären Ende 2015 danach noch rd. 5,670 Mio. € liquide Mittel vorhanden. Diese Zahl berücksichtigt allerdings die planmäßig veranschlagte Kreditaufnahme 2013 in Höhe von 2,351 Mio. €. Da dieser Kredit bei gegebener Liquidität ebenso wenig wie die ausgewiesenen Kredite der Jahre 2011 und 2012 aufgenommen wird, ist dieser Ansatz von 5,670 Mio. € in Abzug zu bringen. Somit verbleiben rechnerisch 2015 liquide Mittel von 3,3 Mio. € (5,67 ./. 2,35).

Der Berichterstatter erklärt ferner, dass in der 3. Änderungsliste einige Ansätze aus verschiedenen Gründen noch zu korrigieren oder zu erörtern sind.

1. Änderung aus der Stellenplanberatung der Stadtverordnetenversammlung vom 09.12.2013: ./. 40.000 €

2. Irrtümlich Protokollierung eines falschen Abstimmungsergebnisses des BKSA am 05.12.2013 zu Produkt 42100/Sportförderung im Ergebnishaushalt; statt „1 dafür, 8 Enthaltungen“ lautete das Abstimmungsergebnis „1 dafür, 8 dagegen“. Die Reduzierung um 2 x 5.000 € = 10.000 € ist daher zurückzunehmen.

3. Der BKSA hat ferner zu PSK 21825.0900050 – Gebäudeleittechnik für die SLG (AN/071/2013) – den Ansatz in Höhe von 42.000 € von 2014 in das Jahr 2016 verschoben – allerdings auch darauf hingewiesen, dass die endgültige Entscheidung in die Zuständigkeit des Finanzausschusses fällt.

4. Ferner ist fraglich, ob die Maßnahme „Moorwanderweg“ im Umweltausschuss gestrichen wurde, wie von einer Stadtverordneten erklärt. Das Protokoll ist hier nicht eindeutig.

Es sollte daher eine offene Meinungsabfrage im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung erfolgen. Wenn nur Unterhaltungsaufwendungen veranschlagt sollten, wären diese ab 2015 um 10.000 €/a. zu erhöhen. Im Jahr 2014 ist der Anteil von 10.000 € ohnehin noch enthalten.

5. Herr Koch weist darauf hin, dass der Finanzausschuss sich dafür ausgesprochen habe, angesichts der Satzungsänderung zur Vergnügungssteuer diese Erträge um weitere 20.000 € auf 220.000 € zu erhöhen. Die Verwaltung sagt diese Veranschlagung zu.

Bezogen auf 3. **Gebäudeleittechnik (**GLT) sprechen sich Herr Langbehn und Herr Koch für den Verbleib der Kosten im Haushaltsjahr 2014 aus. Herr Langbehn erklärt, dass sich die Kosten der GLT nach 3 bis 5 Jahren rentieren würden. Der Vorsitzende regt an, die Maßnahme mit Sperrvermerk in den Haushalt aufzunehmen, Entsperrung ggf. Anfang 2014 nach Beratung des Finanzausschusses im Rahmen einer Vorlage. Trotz des Einwands von Herrn Langbehn gegen den Sperrvermerk wird darüber abgestimmt, die Maßnahme mit Sperrvermerk wie ursprünglich vorgesehen im Haushaltsjahr 2014 zu belassen.

Abstimmungsergebnis: 5 dafür
4 dagegen

Damit verbleibt für 2014 der Haushaltsansatz in Höhe von 42.000 € bei PSK 21825.0900050.

Herr Egan erklärt, dass er die **Verpflichtungsermächtigungen** in Höhe von 11,38 Mio. € als sehr hoch empfinde und regt, auch im Rückblick auf die Einwände der Kommunalaufsicht zur Haushaltssatzung 2013, an diese auf 10,0 Mio. € zu begrenzen. Der Berichterstatter entgegnet, dass die Situation 2013 gravierend anders gewesen sei. So seien für die Jahre 2014 und 2015 jeweils mehr als 6 Mio. € Kreditbedarf ausgewiesen und insbes. deswegen habe die Kommunalaufsicht reagiert. Da planmäßig keine Kredite 2015 ff notwendig werden, sehe er keinen Anlass zur Besorgnis.

Herr Egan teilt ferner mit, dass die Entschlammung der Schlossgewässer nicht wie geplant 2013 abgeschlossen werden konnte und fragt nach, ob die Aufwendungen erneut zu veranschlagen sind. Dies wird verneint. Die Mittelübertragung sei auch im Bereich der Aufwendungen/Ergebnishaushalt möglich, allerdings nur in das Folgejahr. Auf Antrag ist die Bildung einer Ermächtigung der noch verfügbaren Mittel für 2014 möglich.

Abschließend gibt Herr Dr. Buchholz zu Protokoll, dass die FDP-Fraktion angesichts des nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalts dem Haushalt 2014 und insbes. auch der Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer nicht zustimmen werde. Es seien keine ausreichenden Sparbemühungen zu erkennen. Der Vorsitzende ergänzt, dass die CDU-Fraktion der Grundsteuererhöhung ebenfalls nicht zustimmen werde.

Abschließend wird über den Beschlussvorschlag zu Vorlage Nr. 2013/111.1 bzw. den Haushaltsentwurf 2014 in der Fassung der 3. Änderungsliste sowie der oben genannten weiteren Veränderungen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	5 dafür 4 dagegen

Damit ist dem Beschlussvorschlag – inkl. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuern auf 350 % – zugestimmt.

6. Verschiedenes

Herr Dr. Buchholz erklärt, dass angesichts der Ergebnishaushalte mit Jahresfehlbeträgen bezogen auf das Haushaltsjahr 2014 oder nur geringen Jahresüberschüssen ein langfristiger Masterplan zur Haushaltskonsolidierung erforderlich sei, dies auch vor dem Hintergrund der möglichen Mehrbelastungen durch die Neuregelung des Finanzausgleichs ab 2015 und Risiken durch Einbrüche bei der Gewerbesteuer. Ferner sei der Schuldenstand erheblich und nach seiner Rechnung erst in rd. 25 Jahren auf 0 €, sofern keine weitere Neuverschuldung erfolge. Er wünscht sich auch Anregungen der Verwaltung, wie eine Reduzierung der Schulden umgesetzt werden könne.

Der Berichterstatter weist darauf hin, dass durch die Liquidität der Stadt seit 2011 die lt. Planung ausgewiesene Neuverschuldung in Höhe von 5,97 Mio. € (für die Jahre 2011 bis 2013) vermieden wurde.

Herr Langbehn weist darauf hin, dass der vorgelegte Investitionsplan keinen Neubau von Straßen und keine größeren Investitionen im Schulbau enthalte. Dies sei so nicht durchhaltbar.

Der Vorsitzende erklärt, dass begonnene Investitionen erst zu Ende geführt werden sollten, bevor neue Projekte „erfunden“ werden. Er appelliert an die Anwesenden, in diesem Sinne Ruhe in die Fraktionen zu tragen. Dies gebiete die Haushaltslage.

Herr Egan regt ein Monitoring zum Haushalt an. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Verwaltung dazu im Haushaltsbereich, besetzt mit 2 Personen, hierfür nicht über die notwendigen Kapazitäten verfüge. Vorrang haben derzeit neben den Haushaltsplanungen insbes. die offenen Jahresabschlüsse ab dem Haushaltsjahr 2009. Herr Dr. Buchholz erklärt, dass die Projektion der Einnahme- und Ausgabelinien Aufgabe der Verwaltungsleitung sei. Dagegen stellt der Bürgermeister klar, dass aus seiner Sicht für die Leitlinien die Politik verantwortlich sei, da es sich um politische Leitlinien handle. Er habe Vorgaben erhalten wie insbes. durch das Stadtentwicklungskonzept und den Masterplan Verkehr; für deren Umsetzung habe er Sorge zu tragen.

7. Kenntnisnahmen

– *keine* –

gez. Christian Conring
Vorsitzender

gez. Angela Haase
Protokollführerin